

Was sagt die Politik zur neuen Entwicklung?

Appell des CDU-Fraktionschefs, Angebot von BS-Energy zu nutzen - SPD begrüßt neue Kalkulation des Fernwärme-Preises

Von Jörn Stachura

In seltener Einmütigkeit begrüßen alle Ratsfraktionen den Abschied vom Fernwärme-Anschlusszwang. Keine Einmütigkeit herrscht jedoch in der Frage, wie weiter vorgegangen werden sollte.

Oberbürgermeister Gert Hoffmann blickt bereits voraus: "Ich bin mir sicher, dass der Rat alle notwendigen Beschlüsse für den weiteren Ausbau der Fernwärme treffen wird."

Angebot sorgfältig prüfen

Für die CDU meint Ratsfraktions-chef Wolfgang Sehr: "Die Diskussionen der letzten Monate haben in der Sache keinen weiter gebracht und nur die Gemüter erhitzt, weil sich viele mehr mit dem Anschluss- und Benutzungszwang als mit den Vorteilen der Fernwärme befasst haben. Jetzt sind Wohnungseigentümer aufgefordert, das Angebot von BS-Energy sorgfältig zu prüfen. Je mehr dies attraktive Angebot für Fernwärme nutzen, umso vorteilhafter ist es für die Umwelt im Stadtgebiet."

Daniel Kressner, FDP-Ratsfraktionschef, ist der Auffassung: "Die im Vorfeld sehr intensiv geführte Auseinandersetzung hat gezeigt, dass sich unsere rechtlichen Bedenken nicht aus dem Weg räumen lassen. Wir begrüßen es sehr, dass bei der Umsetzung des Fernwärmeausbaus nun allein auf wirtschaftliche Aspekte und die Vernunft der Bürger abgezielt wird. Alles andere wäre einer Bevormundung gleich gekommen und hätte die weitere Entwicklung im Energiebereich gehemmt."

Manfred Pesditschek, SPD-Ratsfraktionsführer: "Ich gehe davon aus, dass in der Innenstadt weiterhin die Möglichkeit besteht, sich an das Fernwärmenetz anschließen zu lassen. Die neue Preiskalkulation von BS-Energy ist gut, denn nun schlagen höhere Brennstoffkosten nicht mehr in voller Höhe auf die Fernwärmekosten durch. Wir wollen genau informiert werden, in welcher Reihenfolge und mit welcher Begründung Straßen an das Fernwärmenetz angeschlossen werden."

Für die Linke meint Fraktionsgeschäftsführer Udo Sommerfeld: "Die angekündigte Preissteigerung lehnen wir entschieden ab, da nicht nur ökologische, sondern auch soziale Aspekte berücksichtigt werden müssen. Hier hätte ein Anschlusszwang vielleicht die Möglichkeit geboten, stärker regulierend auf die Preisgestaltung einzuwirken."

Aus für Kohleheizungen

Seitens der Grünen heißt es: "Wir sehen kein Problem darin, dass die Reihenfolge von Straßensanierungen mit BS-Energy abgestimmt wird. Im Interesse der Verminderung von Schadstoffen sollte die Stadt unverzüglich den Ausschluss von Öl- und Kohleheizungen in dicht bebauten Stadtgebiete durchsetzen. Auch muss so schnell wie möglich die Nutzung der Kohle im Heizkraftwerk Mitte zu Gunsten von Gas oder sogar regenerativen Brennstoffen beendet werden."

Die Bibs teilt mit: "Die Politik ist gefordert, den angekündigten Fernwärmeausbauvertrag zwischen BS-Energy und der Stadt Braunschweig zu prüfen. Es gilt abzusichern, dass die Prioritätenliste des Straßenausbaus nicht zugunsten der Innenstadt umgeschrieben wird und damit die Außenbezirke auf das Abstellgleis geschoben werden. Die Dringlichkeit des Straßenausbaus darf nicht zugunsten der Fernwärmeverlegung verschoben werden."

So sieht die kompakte Gasturbine aus, die im nächsten Jahr bereits in das neue Kraftwerk von BS-Energy eingebaut wird.

Foto:
Siemens

Braunschweiger Zeitung, 17. September 2008, Braunschweig Lokal, Seite 19

© Braunschweiger Zeitungsverlag, 2005